

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenverteilung:
Geschäftszeit: 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Und noch kein Ende!

Die Demokraten lehnen ab. — Auch Geßler will gehen.

Das Nachrichtenbureau des Vereins deutscher Zeitungsverleger meldet:

Die Besprechung der deutschnationalen Fraktionsführer beim Reichskanzler war um 11 Uhr vormittags beendet. Die wir hören, fanden bei dieser Besprechung neue materielle Erörterungen nicht statt. Die Deutschnationalen bestehen darauf, daß ihnen mindestens 4 Sitze im Kabinett entsprechend der Zusagen der Deutschen Volkspartei sowie der Bedeutung und Größe ihrer Partei eingeräumt werden. In der deutschnationalen Fraktion hat man sich über die Persönlichkeiten, die eventuell in das Kabinett entsandt werden sollen, bereits geeinigt. Die Fraktion hat jedoch vorläufig davon Abstand genommen, diese Persönlichkeiten dem Reichskanzler zu benennen, da dieser erst noch Rücksprachen mit dem Reichspräsidenten und den Demokraten haben wird.

Nach derselben Quelle soll der Reichswehrminister Dr. Geßler sehr bereit sein, in der Regierung zu verbleiben. Von demokratischer Seite wird diese Nachricht jedoch auf das entschiedenste bestritten und versichert, daß die Demokraten sich an einer Koalition in keiner Weise beteiligen würden und daß Dr. Geßler in diesem Falle aus der Regierung ausscheiden werde.

Entschiedene Ablehnung der Demokraten.

Die Besprechung der Demokraten mit dem Reichskanzler dauerte etwa zwei Stunden. Von Ministern waren außer dem Reichskanzler Brauns, Luther, Stresemann und Geßler anwesend. Die Demokraten, vertreten von Czekelny und Reimath, gaben die Erklärung ab, daß eine Teilnahme der Demokraten an einer Regierung mit den Deutschnationalen weder direkt noch indirekt in Betracht komme. Herr Geßler soll schließlich seine in der Fraktion abgegebene Erklärung wiederholt haben, er werde in einer Regierung, an der sich seine Partei nicht beteilige, nicht verbleiben.

Druck der Reichswehr?

Das Fragepiel um Dr. Geßler.

Am Freitag nachmittag ließen die berufenen Führer der demokratischen Fraktion im Reichstag versichern, daß entgegen allen anderslautenden Meldungen der Reichswehrminister Dr. Geßler auf keinen Fall und unter keiner Form — also auch nicht als „Personlichkeit“ oder „Fachminister“ — in einer Reichsregierung bleiben würde, die gegen den Willen der Demokraten gebildet werden würde. Dr. Geßler selbst habe, so wurde hinzugefügt, seinen festen und unwiderruflichen Entschluß zum Ausdruck gebracht, die Parteidisziplin zu wahren.

Wenige Stunden später wurde jedoch im Reichstag ebenso bestimmt versichert, daß „die Reichswehr einen starken Druck“ dahin ausübe, daß Dr. Geßler in einem nach rechts erweiterten Kabinett verbleibe. Diese Behauptung ist nicht neu; wir möchten sogar sagen: Dieser Trick ist geradezu klassisch. Man muß nämlich feststellen, daß sie zur gegebenen Stunde bei jeder Regierungskrise seit vier Jahren auftaucht. Sie wird immer von denselben Stellen kolportiert, die unter irgendeiner Form Interesse an einer Lösung im reaktionären Sinne haben.

Es ist dabei nicht einmal sicher, daß ein solcher „Druck von der Reichswehr“ tatsächlich erfolgt ist. Wir möchten sogar annehmen — obwohl bei früheren Krisen ein derartiges, unseres Erachtens durchaus unzulässiges Eingreifen gewisser Reichswehrstellen tatsächlich erfolgt ist — daß diesmal das Gerücht vom „Druck der Reichswehr“ innerhalb des Reichstages selbst entstanden ist. Es wäre höchst lehrreich und amüsant zugleich, wenn man die Möglichkeit hätte, der Entstehung dieser Version bis zu ihrer Wurzel nachzugehen. Wir vermuten folgendes: Irgendein volksparteilicher oder stegerwändischer, oder deutschnationaler Abgeordneter — es kann auch ein Journalist gewesen sein oder ein Fraktionsdiener — wird die Ansicht geäußert haben, ein Kabinett ohne Dr. Geßler sei heutzutage undenkbar. Darauf wird ein anderer gemeint haben, Geßler sei ja bei der Reichswehr besonders gut angesehen. Ein Dritter wird dann erinnert haben, daß bei früheren Krisen General v. Seeckt sich für das Verbleiben Geßlers im Amte eingesetzt habe. Ein vierter wird gesagt haben, ein solches Eingreifen sei auch diesmal wahrscheinlich. Ein fünfter wird erklärt haben, dieser Schritt sei auch zweifellos erfolgt. Und eine halbe Stunde später wurde in der Wandelhalle, im Besesaal und in der Restauration des Reichstages versichert, „die Reichswehr“ habe einen starken Druck in diesem Sinne ausgeübt.

Dieses Gerücht verbreitet sich mit Windeseile oder gar noch schneller: telephonisch in der Stadt. Dem Reichskanzler wird es natürlich zugetragen. Er wird nachdenklich und meint: „Vielleicht liegt darin doch eine Möglichkeit, die Demokraten umzustimmen oder wenigstens ihre Neutralität zu erkaufen; denn gegen ihren Fraktionskollegen können sie doch nicht stimmen.“ Dr. Marx ruft Dr. Geßler an: „Ich höre, lieber Herr Kollege, daß „die Reichswehr“ einen sehr starken Druck auf Sie ausübe, damit Sie bleiben. Wie verhalten Sie sich dazu? Das wäre doch eine Lösung.“ Dr. Geßler, der beim Militär wenigstens das eine gelernt hat, niemals die Fassung zu verlieren, antwortet: „Ich muß natürlich noch mit meiner Fraktion Rücksprache darüber halten. Also: wenn ich Sie recht verstanden habe: Die Reichswehr

übt einen Druck auf mich aus?“ Dr. Marx: „Einen starken Druck sogar!“ Dr. Geßler: „So! Das ist natürlich für mich eine neue Situation.“

Scherz beiseite: Gleichviel, ob der „Druck“, von dem in der gesamten Morgenpresse die Rede ist, tatsächlich erfolgt ist oder nur etwa in der oben geschilderten Weise, der Sinn dieses Manövers ist ganz klar: Da die ganze Rechtskombination damit steht und fällt, daß wenigstens der eine Demokrat, Dr. Geßler, im Amte bleibt, braucht man den Druck der Reichswehr oder wenigstens die Version eines Drucks der Reichswehr. So wird wieder einmal die — unpolitische und republikanische Wehrmacht dazu mißbraucht, den Monarchisten den Weg in die Regierung zu ebnen. Abgesehen davon, daß ein solcher Druck, falls er erfolgt ist, unzulässig und sogar verfassungswidrig wäre und einen Unterton von Säbelgerassel haben würde, der in keinem parlamentarisch regierten Staat gebildet oder auch nur möglich wäre, so liegt darin eine schwere Gefahr für das Ansehen der Reichswehr selbst: denn sie wird mit solchen Mitteln dazu verwendet, um wacklige Regierungskombinationen und unsaubere Kulissenschiebungen zu fördern. Gegen einen solchen Mißbrauch ihres Namens sollte sich die Reichswehr selbst am allerentschiedensten wehren.

Forderung und Kampfansage.

Die Presse zum Beschlusplan.

Die Deutschnationalen fühlen sich als Herren der Situation. Das Zentrum hat sich ihnen verschrieben, nun fordern sie mehr! Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt:

„Wir erinnern daran, daß die deutschnationalen Mindestforderung auf vier Sitze im Kabinett lautet. Frei ist das Verkehrsministerium, frei wird das Innere, mit dem der Vizekanzler verbunden ist, denn Dr. Jarres will nach Duisburg als Oberbürgermeister zurückkehren. Es ist anzunehmen, daß diese beiden Ministerien den Deutschnationalen zufallen sollen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“:

„Es ist selbstverständlich, daß die Deutschnationalen sich aufs entschiedenste dagegen gewehrt hätten, gleichsam auf der Hintertreppe ins Kabinett hineingelassen und dort lediglich die Rolle der Geduldeten zu spielen. Wir möchten eher annehmen, daß die deutschnationalen Fraktion als solche sich die Mitwirkung an der Regierung, falls dies überhaupt zustande kommt, nicht aus der Hand winden läßt, sondern ihrerseits bestimmte Vorschläge und Forderungen dem Kanzler unterbreitet.“

Das Berliner Organ des Zentrums, die „Germania“, aber schweigt! Ein Schweigen, das nur zu verständlich ist. Entschiedene Gegner des Bürgerblocks und ehrliche Republikaner können die Kapitulation des Reichskanzlers vor den Deutschnationalen nicht verteidigen.

Die demokratische Presse wendet sich mit größter Entschiedenheit gegen den neuen Bürgerblockplan. Sie erklärt es für ausgeschlossen, daß die Demokraten sich an einer solchen Regierung auch nur durch Geßler beteiligen. Die „Bosische Zeitung“ schreibt:

„Es ist ein grotesker Wunsch, daß gerade die demokratische Partei, die unter den bürgerlichen Parteien die schärfste Gegnerin eines Rechtsblockes ist, den Deutschnationalen in den Sattel verhelfen soll. Die demokratische Fraktion wird ein solches Ansuchen ablehnen. Kommt es auf ihre Entscheidung an, dann wird der Rechtsblock scheitern...“

Wer republikanisch und wer demokratisch denkt, müßte es (das Rechtskabinett) aufs schärfste bekämpfen, wenn es heute Wirklichkeit werden sollte. Daran würde auch die Tatsache nichts ändern können, daß der Republikaner Marx an seiner Spitze stünde.“

Schließlich das „Berliner Tageblatt“:

„Die demokratische Fraktion hat es gestern erneut klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie mit einer solchen innen- und außenpolitischen Koalition nichts zu tun haben wolle und daß sie auch keinem ihrer Mitglieder gestatten würde, einer solchen Regierung beizutreten. Auch persönlich haben die Herren Hamann und Geßler dem Reichskanzler gegenüber aus ihrer Ablehnung kein Hehl gemacht. Dr. Geßler hat nicht nur in der Fraktion, sondern auch vor dem Reichskanzler erklärt: „Obenan steht mir die Parteidisziplin“, und begründete dann eingehend die politischen Motive, die es ihm unmöglich machten, sich an einer solchen Rechtsregierung zu beteiligen. Immerhin kann der Reichskanzler noch als letzten Ausweg den Versuch einer reinen Rechtsregierung, ohne die Demokraten, machen. Wir wollen dabei ununtersucht lassen, wie weit der demokratisch gerichtete Flügel des Zentrums einer solchen bürgerlichen Klassenkampfpolitik zu folgen bereit ist. Im Interesse der menschlich vornehmen Persönlichkeit des Reichskanzlers Dr. Marx würden wir es aufrichtig bedauern, wenn er sich bei diesem gewogenen Spiel mit den Deutschnationalen um seine politische Zukunft bringen würde. Er ist ein Politiker, der vor dem In- und Auslande viel zu verlieren hat.“

So steht, nach der Presse zu urteilen, Herr Marx nun vor der Entscheidung, ob er auf eigene Verantwortung den Monarchisten in den Sattel helfen will.

Bureaukratie und Bürgerblock.

Von Albert Falkenberg.

Bevor die traurigen Ergebnisse aller bisher unternommenen Republikanisierungsversuche vorliegen, ist oft genug auch auf das Mittel der „geistigen Umstellung“ zur Festigung der Republik hingewiesen worden. Nun ist wohl auch über diesen nachrevolutionären Programmpunkt die Debatte geschlossen. Ausgerechnet Herr Stresemann hat allerdings eben erst auf die Notwendigkeit stärkerer geistiger Einstellung unserer Politik hingewiesen, aber weder als Reichskanzler noch als Außenminister hat er praktische Wege beschritten, die aus der Materialisierung der deutschen Politik hätten herausführen können. Entsetzt nicht gerade seine Partei eine fieberhafte Tätigkeit, um den ganz auf Profit gerichteten Bürgerblock auf die Füße zu stellen? Selbst Demokraten und Mehrheit des Zentrums weichen ihm aus, weil sie wissen, daß Bürgerblockpolitik politischer Tod für sie bedeutet. Bürgerblock heißt aber nicht nur politische Rückwärtserei, sondern auch Wiedereinsetzung der obrigkeitlichen Verwaltungsbürokratie von Rechts wegen. Mit dieser Gefahr rückt ein Problem näher, das trotz schlimmster Erfahrungen in seinen Tiefen und Auswirkungen allgemein nur in geringem Umfange erkannt wird, aber vielleicht gerade deswegen von den unmittelbar beteiligten oberen Gewalten ungehindert einer Lösung entgegengeführt werden kann, der weder Großzügigkeit noch sozusagen republikanische Objektivität eignet.

Die schon im Obrigkeitsstaat rüstig fortgeschrittene Verbeamtung — Friedrich Raumann bescheinigte Deutschland bereits 1909 eine starke Annäherung an das französische System des Funktionarismus, nach ihm war damals jeder fünfzehnte Mensch in beamteter Stellung — hat zwar im Anfang der deutschen Republik einen beängstigenden Aufschwung genommen, immerhin aber wurden zur Paralisierung von Massenauswirkungen ernsthafteste Versuche zur Entbürokratisierung des in öffentlichen Diensten stehenden Menschen unternommen. Sie sind unter dem Vormarsch der politischen Reaktion zertrampelt worden. An die Stelle der geistigen Ueberwindung einer im Bürokratismus begründeten Verklammerung des beamteten Menschen ist die zahlenmäßige Ausrottung mit ihren brutalen Begleiterscheinungen getreten. Als die gesetzmäßige Sicherung revolutionärer Rechte kommen sollte, mußten die Hoffenden erleben, daß die Allmacht der Bürokratie stärker war als die Republik. Die Hunderttausende staatlicher Bediensteten glaubten einmal an die im Artikel 130 der Reichsverfassung gegebene Zusage besonderer Beamtenvertretungen, nach näherer reichsgesetzlicher Bestimmung. Der Entwurf eines Beamtenrätegesetzes gelangte über die Beratung im 23. Ausschuss des Reichstages nicht hinaus, er verschwand in der Versenkung. Statt dessen warf die Personal-Abbauverordnung ihre ersten Schatten. Das „neue System“ nahm feste Gestalt an: nicht die Tatsache, sondern die Art des Abbaues machte aus den gläubigen Massen des Volksstaats unfreie Menschen, reif für den Obrigkeitsstaat. Wer politische oder gewerkschaftspolitische Vorhut bildete, stieg auf Pfahle. So entstand konsequenterweise die „Besetzung des Beamtenkörpers“.

Der Methode geistiger Entziehung entsprach durchaus die Abschmürung materieller Lebensmöglichkeiten, die mit dem Besoldungsstandal vom Juni dieses Jahres ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Den Vater einer vierköpfigen Familie treibt man mit hundert Mark Monatseinkommen auf die Seite der Gegner der Republik oder er rußt ab in das radikalistische Lager. Jedenfalls geht er der Republik verloren. Das ist ja wohl auch der Zweck des neuen Systems, dessen Träger übrigens eifrig bemüht sind, in den einzelnen Ressorts die letzten gewerkschaftlichen Ansätze der Beamtenbewegung zu zertrümmern. Unter diesem Regime kann es nicht schwer fallen, allerlei beamtenrechtliche Kuriosa zu treiben, wie der auch in der Tagespresse behandelte Fall des Steuerinspektors Lemke beweist. Die machiavellistische Methode der geheimräulichen Instanzen läßt die Entscheidung der Frage offen, ob unter Firmierung mit dem Namen republikanischer Minister die Diskreditierung der Republik absichtlich betrieben wird oder ob sich die Verwaltungsbürokratie unter sanfter Einbeziehung des Ressortchefs verpöchtelt glaubt, die Staatsautorität um jeden Preis, sei es auch auf nicht immer geraden Pfaden, wahren oder gar „stärken“ zu müssen. Beide Arten von Zurückführung würden dem in jenen Kreisen üblichen Maß staatspolitischer Klugheit entsprechen.

Mag Weber hat einmal von der „Metaphysik des Beamtentums“ gesprochen, die auf der anderen Seite — in der nichtbeamteten Öffentlichkeit — in einer Art Götzendienst am Beamtentum führen muß und in der obrigkeitlichen Periode auch geführt hatte. Die „Entgötterung“ des Beamten, die, konsequent vorgetrieben, zu einer Verinnerlichung des Volksstaatsgedankens hätte hinüberleiten können, ist schon 1918 in den bescheidensten Anfängen stecken geblieben. Falsch verstanden, ist die natürliche Demokratisierung der Verwaltung verhärtet und auf künstliche Weise umgebogen in eine abstrakte Wiederbefestigung der Beamtenhierarchie. De: Auf nach Befestigung der Cheffstellen in der Verwaltung mit Fachministern ist längst als eine Etappe auf dem Wege zu diesem Ziel entlarvt worden. Was uns auf diesem Gebiete noch bevorsteht, läßt sich aus den politischen Tiefen jener Kräfte erkennen, die mit allen Mitteln den Bürgerblock erstreben. Wozu aber Bürgerblock? Um die Frage der Lastenverteilung im Interesse der Besitzenden lösen zu können. Die Vertreter des Besitzes wollen wieder

oben auf kommen, aber, ihr Streben präziser formuliert: sie suchen den neuen Besitz aus seiner eben erst errungenen Position herauszudrängen. Ob sie Sieger bleiben in diesem Ringen, ist eine politische Frage, deren Lösung zu ihren Gunsten weitere Entscheidungen nach sich ziehen muß, u. a. auch die über die Frage der Rückführung des Beamtentums aus der fortschrittlichen Entwicklungslinie in die Bahnen starrer Bürokratisierung. Die wieder zur Herrschaft drängende Schicht gebraucht die Bürokratie zur Aufrechterhaltung ihrer Position. Darum die ungeheuren Anstrengungen, unter Anwendung von Brutalität und aller mit den Gründen des Staatsinteresses umkleideten Falschheiten die letzte gewerkschaftliche Regierung abzuwürgen. Dasselbe Prinzip, das für die geistige Entwertung sowie die wirtschaftliche Niederhaltung der freien Arbeitnehmer in Anwendung kommt, lebt wieder auf in dem Prozeß der Entmannung des Beamtentums, nur die Methoden unterscheiden sich. Wie unheilvoll die systematisch betriebene Ministerarbeit in der Beamtenschaft gewirkt hat, beweist die Tatsache, daß es gelungen ist, die breiten Massen — allerdings erfolgreich erst durch die Hilfeleistung desorientierter Massenfürher — von dem nach der Revolution instinktiv als richtig erkannten und auch in der Praxis beschrittenen gewerkschaftlichen Bahnen abzudrängen. Jetzt erst hat die geheimräuliche Bürokratie leichtes Spiel, sich wieder in den so lange Zeit leer gebliebenen Sattel zu schwingen. Sie hält die Gefahr, daß der einzelne sich von dem „Apparat“ distanzieren, daß er Mensch wurde außerhalb des Dienstes und damit den Dienst vermenslichte, für gebannt. Sie glaubt sich am Ziel, Bürgerblock ist ihre letzte Sehnsucht, denn er schafft die Atmosphäre, in der stagnierende Kultur, will sagen Schliß, Formalismus gedeiht. Diese Bürokratie ist adäquat in Geist und Gesinnung den Männern des Bürgerblocks. Sie wittern einander. Sie bilden eine Gesellschaft auf Gegenseitigkeit mit dem Ziele der Sicherung eigener Positionen. Weil sie herrschen wollen, müssen alle Mitgesellschaftler dienen.

Und dennoch: die Entwicklung läßt ihrer nicht spotten. Sie drängt nach Persönlichkeit und Freiheit, warum nicht auch in den Reihen der Staatsbediensteten. Ein bürgerlicher Politiker, Alfred Weber, schrieb schon 1910:

Es wird eine wichtige Folge sein, wenn durch eine neu geschaffene Wertung der lebendigen Kraft im Menschen, durch die neue Lebensatmosphäre, die sich daraus ergibt, die metaphysische Verkürzung des Bewusstseins in sich zusammenbricht. — Sie muß das; denn sie ruht ja auf der dann gestörten Transponierung aller Werte in bloßes Objektives. Und sie muß viel mit sich hinunterziehen, für uns vor allem jenes Höhenbild, das sonst nur eine demokratische Revolution beseitigen könnte, jenen deutschen ideokratisierten Bürokraten.

Und noch ein anderes Wort dieses Mannes aus jener Zeit mag, hierher gesetzt, denen als Signal und Wegweiser gelten, die so gern — gleichgültig, ob aus Bequemlichkeit oder Eigenlust — die „ändern“ führen lassen, auch wenn sie, um des Prestiges willen, nach außen die Führerrolle mimen:

Es ist mir unzweifelhaft, alle diese öffentlichen Funktionäre werden sich einmal mit den anderen, der privaten „finden“. . . . der Komplex der Ingenieure, Techniker, Kaufleute usw., die im Apparat stehen und in ihm heute wohl die wichtigste, modernste Arbeit tun, sie alle sind schon heute organisiert, und ihre Organisation, die ihre neue Lebensstellung zu untermauern sucht, wird zögernd einmal der Attraktionskraft der Organisationen, auch der Staatsbeamten weichen. . . . Es wäre wunderbar, wenn sie („die ungeheuer große, breite Mittelmasse der Bevölkerung“) sich dann nicht auf sich selbst und auf die eigene Kraft besinnen sollte, jene ungeheure Kraft, die sie in Wirklichkeit in der Pensionsversicherung und um andere Dinge beim Staat zu betreiben, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen sich entschließen sollte und damit jenen wichtigen Schritt tun sollte, den wir hier einmal die rechtliche Emanzipation der Beamten, der Staats- und Privatbeamten, nennen wollen. Gesellschaft hat, und wenn sie dann nicht, soz. mit heute, um die

Diese absoluten Wahrheiten hat auch die Novemberrevolution nicht zur Tat reifen lassen. Vielleicht entwickelt der

Bürgerblock auf negativen Wegen die Wärmemengen, die nun einmal vorhanden sein müssen, wenn ein Werdereprozeß mit positiven Ergebnissen gezeitigt werden soll.

Das Bild des Bürgerblocks.

Nichts gelernt und nichts vergessen. — Klassenkampf von oben.

Das Wesen des Bürgerblocks, seine Ziele, seine treibenden Kräfte finden wir scharf und rücksichtslos bloßgelegt in folgenden Ausführungen:

Nichts gelernt und nichts vergessen.

„Worum geht das Ringen, das vorerst nur in den Fraktionszimmern sich abspielt? Die Deutschnationalen drängen mit aller Kraft in die Regierung, weil sie das Gefühl haben, daß sie sich viellecht für Jahrzehnte ausschalten, wenn sie bei der nun beginnenden Wiederaufbauarbeit nicht dabei sind. Damit ist nur ein bescheidener Teil der Hintergründe angedeutet, um die jetzt gerungen wird. Es geht um viel mehr. Ränisch: legen Endes geht es um die Frage, ob Deutschland, ob die Länder wieder regiert werden sollen im ausschließlichen Interesse der großen Landwirtschaft, der großen Industrie, vor allem der Schwerindustrie, des Handels und aller derer, die im alten wilhelminischen Staat das Ideal ihrer politischen Beschränktheit gesehen haben. Und es geht nicht nur um die Interessen, sondern um die ganze Ideologie dieser Schichten, die von niemand treffender beschrieben und gegeißelt wurden als von Rathenau. Es geht um die Wiedereinführung des wilhelminischen Untertanenstaates, der in den Krieg hineintorkelte und ihn torkelnd verlor. Es handelt sich um die auf kaltem Wege einerschreckende Gegenrevolution, die just vor Jahresfrist versuchte, auf revolutionärem Wege ans Ziel zu kommen, nun aber glaubt, sie werde auf legalem Wege erreichen, was sie haben will. Es bildet sich der Block der Hochschulgötter für Getreide und Eisen. Der Block der sozialen Reaktion drängt ans Licht. Der Block der Restauration in der inneren Verwaltung greift nach der Macht. Der Block der kulturellen Reaktion, die sich unter dem Ehrennamen „christlich“ verbirgt, zeichnet sich ab. Die unteren Volksschichten sollen wiederum von allem Einfluß ausgeschlossen werden. Der Abbau der demokratischen und sozialdemokratischen Beamten ist ja schon lange im Gange. Kurz gefaßt: alles, was durch das schwere Erlebnis des Krieges und dann durch die Revolution in Deutschland geändert wurde, soll beseitigt werden. Das war der tiefere Grund, warum die Reichstagswahlen bei der Gelegenheit der Londoner Abmachungen vermieden wurde, vermieden wurde durch die gutnütige Blindheit der republikanischen Minister. Die Wahl im August-September hätte die Linie gezeichnet, jetzt hofft man, mit oder ohne Wahl leichter zum Ziele zu kommen.“

Der Klassenkampf von oben.

Um die Befestigung der Republik handelt es sich gewiß vorerst nicht. Rein, zunächst soll bei der Reichspräsidentenwahl im Mai-Juni 1925 der höchste Posten des Reiches mit einem Vertrauensmann des Bürgerblocks besetzt werden. Vielleicht findet sich die Reaktion sogar mit der republikanisch-demokratischen Form ab, wenn sie im übrigen ihren Untertanenstaat wieder erhält. Vielleicht bereitet sie alles so vor, daß früh oder spät der Übergang zur Monarchie nur noch eine schmerzlose Nebenwirkung ist. Wer will das heute sagen. Vielleicht schlägt sie alle demokratischen Kräfte mit Gewalt und Diktatur nieder. Vielleicht hofft sie auf den Ermüdungszustand vieler Teile der Demokratie: Eines ist gewiß: Der Klassenkampf von oben ist so systematisch vorbereitet, daß man anscheinend sogar schon die Personalien geordnet hat für die „Reinigung“ der Reichsministerien.

Der Unruhefächer in der deutschen Politik.

Infolge einiger Neben Siresemanns ist die Deutsche Volkspartei eine Zeilung in den Versuch gekommen, eine Mittelpartei geworden zu sein. Auch Demokraten haben sich dadurch täuschen lassen. Wer tiefer sah, erkannte das innere Wesen der Volkspartei schon daran, daß sie stets auf die rechte

Seite fiel, sobald Siresemann einmal nicht in der Fraktion war. Seitdem sie in der letzten Wahl 20 Sitze verloren hat, seitdem ihr die Industrie keine Wahlgelder mehr gibt, hat sie ihr inneres Wesen wieder offen gezeigt: die Volkspartei ist eine Rechtspartei, keine Mittelpartei. Ihre Führer stehen im Lichte überall an der Spitze, wo es gilt, demokratische oder sozialdemokratische Beamte abzudrängen. Ihre Führer im Reichstagsrat wägen nur so vor den und für die Deutschnationalen. Und sie behaupten entschlossen zu sein, einen Wahlkampf zu erzwingen, wenn man nicht gerahmten den Bürgerblock apportiere. Siresemann aber, um nicht allen Boden unter den Füßen zu verlieren, muß heute ebenso tapfer den Bürgerblock predigen, wie er vor Jahresfrist und noch vor einigen Monaten die Große Koalition verfocht. Was ihm mit gewohnter Geschicklichkeit gelingt.“

Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen. Sie stehen in der demokratischen „Hilfe“, herausgegeben von Anton Erkelenz und Gertrud Bäumer.

Kamerad Leopold.

Oder: Seltsame Wandlungen eines deutschnationalen Ministerkandidaten.

Halle, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den deutschnationalen Ministerkandidaten Leopold weiß unser halleisches Parteiorgan, das „Volksblatt“, folgende interessante Einzelheiten in seiner heutigen Nummer mitzuteilen:

„Leopold war nach der Revolution aus einem unbestimmten Drange heraus unter die Wirtschaftskommunisten nahe gegangen und pries das Lob und den Ruhm der Gewerkschaften mit allerdings damals noch nicht deutschnationalen Worten. In einer Broschüre, die im Jahre 1919 erschien, sprach er von den „reinen, organisatorisch gesuchten und nüchtern denkenden Kreisen der Gewerkschaften“, in denen „lebendiges Verantwortungsgefühl“ lebe. Er sprach von der „Umsicht und Fähigkeit der Arbeiterführer“ und bedauerte, daß noch viele ungeweihte Kräfte in der Arbeitererschaft ruhen, die früher „aus irgendeinem Grunde sich nicht hätten entwickeln können“. Er, der damals noch bescheidene Bergoffizier, postulierte mit starkem Nachdruck die Berechtigung des gewerkschaftlichen Kampfes, indem er ausführte:

„Um die Macht der Arbeitererschaft zu vergrößern, sind nach wie vor die Gewerkschaften da, deren berufene Führer zudem im Reichswirtschaftsrat und in den zentralen Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit haben, in den Grenzen des berechtigten Kampfes die Macht der Arbeitererschaft nachdrücklich zur Geltung zu bringen.“

Ja, Herr Leopold formuliert sogar wie ein Wortkämpfer des freigewerkschaftlichen Klassenkampfes dessen Ziele, indem er schrieb: „Das Kampfziel ist eine gesunde Selbstverwaltung, in dem es nicht mehr Unierdrückter und Unterdrückte, nicht mehr Ausbeuter und Ausgebeutete, in dem es nur noch Arbeitstameraden gibt.“

Diese prächtigen Worte haben Herrn Leopold in Mitteldeutschland den Titel „Kamerad Leopold“ eingebracht. Die Bergarbeiter wissen allerdings, warum sie ihn „Kamerad Leopold“ nennen. Selb dem nämlich die Riebed. Montan. Werke in die Hände von Sinnes übergegangen sind, hat „Kamerad Leopold“ die große Wandlung vom freigewerkschaftlichen Wortkämpfer zum Sinnes-Gesandten mit harter Eisenhakenkraft vollzogen. Als Generaldirektor der Sinnes-L.-G. hat „Kamerad Leopold“ in der für die Bergarbeiterschaft Mitteldeutschlands entsetzlichen Hunger- und Inflationperiode das schöne Wort geprägt: Fort mit den roten sozialistischen Gewerkschaften, die kein Verständnis für die Volkswirtschaft haben, d. h. für den Lohn- und Existenzkampf und andere Sinnesliebeshandlungen mehr. „Kamerad Leopold“ hat also den Wechsel seines Brotgebers glänzend ausgeführt, um seiner Bestimmung ein neues Kleid zu geben. Unter seinem Regime haben die Bergarbeiter Mitteldeutschlands in der Inflationperiode und danach bis auf den heutigen Tag die Brutalität rücksichtslosster Unternehmerrückwärts kennen gelernt. Der ehemalige Verteidiger des gewerkschaftlichen Kampfes ist zum schärfsten Feind der Emanzipation der Arbeiter geworden, zum rücksichtslosesten Herold der über jede Menschenkraft hinweggehenden Ausbeutung

Takt.

Von Paul Guimenn.

Der Sprachgebrauch offenbart mitunter wunderbare psychologische Feinheiten, so zum Beispiel, wenn er für den Rhythmus in der Musik und ein zartes, rücksichtsvolles Benehmen unter Menschen das gleiche Wort anwendet: Takt. Die Wiedergabe eines Musikstücks erfordert die genaue Beachtung des vorgeschriebenen Zeitmaßes, so wie das Auftreten unter Menschen von einem Maß geregelt wird, das dem allgemeinen Feingefühl zugrunde liegt. Der Takt ist sowohl das Knochengestütz der Musik wie das Grundgerüst der menschlichen Gefelligkeit. Ohne ihn herrscht allgemeine Anarchie. Dieser geheimnisvolle Zusammenhang zwischen Kunst und Gefelligkeit, den die Sprache anbeutet, ist aber noch weitergehend, als es sich auf den ersten Blick vermuten läßt. Die Zeit unserer Klassiker in Musik und Dichtung war zugleich die Blütezeit deutscher Gefelligkeit. Der Takt der Sitten, der aus dem freien Spiel der Kräfte entsprang, bildete das Entzücken der Fremden, die vor etwa hundert Jahren die deutschen Kulturländer: Wien und Weimar besuchten, während in Preußen damals wie später der befohlene Takt der Paradezeremonie gepflegt wurde.

Eine Zeit, deren Betreuer dahin geht, das ungebundene Wirken der Kräfte, das nur in sich selber Maß und Gesetz tragende Geistesleben zu mechanisieren, eine solche Zeit wird auch bestrebt sein, den Pulsschlag des alltäglichen Umgangs in Regeln und Formen zu schließen, die nicht mehr der anmutvollen Wohl des einzelnen überlassen sind. Was der Paradezeremonie im militärischen Drill bedeutete, das war der Kommen im studentischen Leben, oder allgemeiner, in der sich zur Oberschicht zählenden Klasse. Das freie menschliche Empfinden wurde ausgeschaltet, und das Benehmen mußte sich einer mehr oder minder geheiligten Schablone anpassen. Der Seemann und der Korpsstudent wurden, wie Heinrich Mann im „Untertan“ gezeigt hat, die anerkannten Vorbilder gesellschaftlicher Bildung. Im Verkehr von Mensch zu Mensch bedeutet Gefühl alles. Ich kann dem andern nur gerecht werden, wenn ich mich in seine Empfindungen versetze und auf sie in meinen Versicherungen Rücksicht nehme. Es kann einer ein sehr anständiger Mensch sein, aber ohne dieses Feingefühl, dieses Einfühlens in die Seele des Nächsten wird er beständig Gefahr laufen, den anderen zu verletzen. Viellecht will er das; dann ist er ein egoist oder Rohling, den die Gesellschaft zurückzuweisen hat. Viellecht hat er den besten Willen und kann ihn nicht geltend machen; dann ist er eben unfähig, ein beherrschter Taktel. Der tolle Mensch erzeugt Wideripf, also immerhin etwas Aktives, der Taktlose lähmende Feindschaft. Er sieht sich best vereinzelt, von keiner Umgebung mit Mitmenschen oder feindseligkeit betrachtet, und weiß nicht einmal, wie er dazu gekommen ist. Der toll Deutschland unter Wilhelm dem Zweiten,

Eine Verkümmern des Gemüts muß eine Herabsetzung auch der geistigen Kräfte eines Volkes zur Folge haben. Die Pflege des Takts ist Sozialismus im besten Sinne des Wortes, ist freiwilliges Einestimmen in den vielfestgestellten Organismus der mitlebenden Menschheit. Aber wir erleben mit Schauern, wie die Gesellschaft mehr und mehr auseinanderfällt, wie keiner mehr dem andern Rücksicht schuldig zu sein glaubt, und das Leben wirklich zum bloßen Hin- und Herlaufen einer Tierherde wird. Alle Instrumente toben durcheinander, die Paule sucht die Pokane zu überziehen, und das zarte Geigenzello erstirbt in der allgemeinen Regenmusik. Hand in Hand mit dem Völkerverfall mußte ein Menschenverfall entstehen, auf dessen Fährten in goldenen Lettern das Wort „Soziales Gewissen“ leuchtete.

Neues von der Atlantis. Die Frage nach der Herkunft der frühesten Bewohner Europas wird wieder einmal mit dem „Problem der Atlantis“ in Verbindung gebracht, jenes längst verunkelten „Erdbteils“ zwischen Afrika und Amerika. Diesmal ist es ein Engländer, Dennis Spence, der die Frage neu aufrollt. Die Erzählung Platos auf Grund der alten ägyptischen Ueberlieferung ist bekannt; auch das Eindringen sehr früher Kulturträger ins Mittelmeer durch die Säulen des Herakles. Auch die Geologie, Ozeanographie, Archäologie, Anthropologie fordern das einstige Bestehen einer großen Landmasse in der Mitte des heutigen Atlantischen Meeres. Spence will nun, entsprechend jenseitigen Untergangskatastrophen dieser Atlantis, drei Einwanderungen städtig gewordener Atlantiden feststellen: vor rund 25 000 Jahren die Menschen vom Kurigrade oder Cyro-Ragnonitopus; vor 15 000 Jahren die Magdolaniens, vor 10 000 Jahren die Ullians; bald darauf dürfte die Atlantis endgültig verschwunden sein. Die Einwanderung der beiden ersten Gruppen, viellecht auch noch der dritten, geschah zu Lande. Nach Traditionen der Maga und Durischua sind auch deren Vorfahren von der Atlantis eingewandert. Die merkwürdige Ähnlichkeit ägyptischer und peruanischer Megolithbauten läßt sich nur so deuten und nicht etwa durch eine Verbindung über den Pazifik hinweg. Wie stark es nun mit der Kulturhöhe der Atlantis? Spence will die letzte Entwicklung etwa mit der Höhe der zentralamerikanischen Kultur zur Zeit der Eraberung in Vergleich setzen. Das würden jene Megolithbauten erklären. Oder stammten etwa auch die Menschen von Kurigrade von kultivierten Vorfahren und hatten nur durch Erdkatastrophen (Untergang der Atlantis, Eiszeit) das Erbe verloren? Niemand wird es je erfahren; die Atlantis liegt unter dem Meere verborgen. 500 Meilen nördlich der Äzoren im 1700 haben Tiefe finden sich verunkelte vulkanische Gesteine — das Denkmal eines Weltuntergangs?

„Große Volksoper“ und „Deutsches Opernhaus“. Der große Coup, den die Volksoper vor hat, das Deutsche Opernhaus in ihre Hand zu bekommen, dürfte auf Schwierigkeiten stoßen. Sie hat zwar von dem Mitglied des Ausschusses Hermann ein Patent Aktien des Opernhäuses übernommen, aber von dem Ausschussrat wird bestritten, daß Herr Wittmann über diese Aktien verfügen könne. Andererseits läßt der Berliner Magistrat mitteilen, daß er mit den Geschäften der

Volksoper nichts zu tun hat und an dem Aktienwerb unbeteiligt ist. — Das Lollie an diesem Wirtswort ist, daß die rechtmäßige Eigentümerin des Deutschen Opernhäuses, die Stadt Charlottenburg (nunmehr Berlin), in ihrem eigenen Hause nichts zu sagen hat. Offenbar wird dafür Sorge getragen, daß endlich klare Verhältnisse zwischen Stadt und Betriebsaktiengesellschaft geschaffen werden und die persönlichen Treibereien und Spekulationen in diesem städtischen Theater aufhören.

Die Luftjagd nach der entführten Gattin. Ein interessantes Lustdrama, dessen einzelne Akte in verschiedenen Ländern spielen, wird in Pariser Blättern erzählt. Die Prager Polizei erhielt vor kurzem von der Bemberger Polizei die telefonische Mitteilung, daß ein kleiner Zweiecker, dessen Beschreibung gegeben wurde, in der Richtung nach der Tschekoslowakei geschickt worden sei. Das Flugzeug führte einen Ungarn namens Viktor Szymon, der mit der Frau eines polnischen Geschäftsmannes geflohen war. Die Prager Polizei spähte also eifrig in die Luft und entdeckte auch wenige Stunden später das Flugzeug, das in einiger Entfernung von einem anderen verfolgt wurde. Die wilde Jagd ging in Richtung auf die Luft und bot ein aufregendes Schauspiel, bis schließlich die erste Maschine bei dem tschekoslowakischen Ort Koell landete, gefolgt von dem anderen Flugzeug, dem der Führer und ein kleiner aufgeregter Herr, der Raum der entführten Frau, entstieg. Der erzürnte Ehemann bedrohte den Entführer mit dem Revolver, als die Polizei eintrifft und — nach den Pässen frage. Das war der Höhepunkt des Dramas, denn der unglückliche Ehemann hatte sich in der Hast der Verfolgung mit keinem Paß versehen, während der Ungar und die Frau ihre Flucht sorgfältig vorbereitet hatten. Sie durften daher vor den Augen des Betrogenen triumphierend wieder ihr Flugzeug besteigen, während der Pächler zurückgeblieben wurde. Später wurden dann die Entflohenen in Budapest verhaftet.

Gesellschaftliche Wochent. Staatsoper: „S minburg“; Renaissance-Theater: „Charlotte Raquin“; Großes Schauspielhaus: „An All“. Mittw. Theater am Kurfürstendamm: „Der Vespertag“.

Urania-Vorträge. Täglich: „Geschichten der Vergangenheit“. Mont. bis Sonnab.: „Sphärische Über Land und Meer“. Sonnab. Dinst. Donn. Sonnab.: „All-Berlin“. Mittw. 7 Uhr: „Anatol Khan über: „Das Spiel des Lebens“.

Der Männerchor Friedenau-Sieghe, Mitglied des D. I. S. B., veranstaltet sein Herbst-Konzert am Sonntag, 7. Uhr, im Reform-Konzertsaal Friedenau, Schmalhauer Str. Mitwirkende: Alfred Lichtnein, Giedensintuo, am Flügel: Otto Schumacher.

Das Gespiel des Diogenes-Balletts in der Großen Volksoper ist bis einschließlich Sonnabend, den 25. Oktober, verlängert. Es werden auch noch Neuaufführungen, so Stroninschs „Betrüger“, gedruckt werden.

Lehrkräfte für Zeitungsfunde. Dr. Mohr, der Leiter der Pressestelle am Preussischen Kultusministerium sowie das Deutsche Institut für Zeitungswissenschaft, hat einen Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft und Geschichte des Zeitungswesens erhalten. Er wird über das Zeitungswesen des 18. und 19. Jahrhunderts lesen und Vorlesungen in Zeitungsfunde, Besichtigung und Redaktion abhalten. — Vorlesungen ähnlicher Art finden in Leipzig, München, Köln, Freiburg, Kiel, Camburg, Breslau, Bonn und Göttingen statt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Achtstundenmarke.

Zur Aufrechterhaltung des Achtstundentages.

(S.B.) Nach langen und oft bewegten Debatten zwischen den Vertretern der Unternehmer, Arbeiter und Regierungen kam im Jahre 1919 auf der Washingtoner Konferenz die Konvention über den Achtstundentag zustande. Damals war die Meinung vorherrschend, daß bei einer wirklich internationalen Festlegung des Achtstundentages auf dem Weltmarkt wenigstens eine der Möglichkeiten unläuterer Wettbewerbs ausgeschaltet werde. Wir werden hier auf den Leidensweg der Konvention über den Achtstundentag nicht weiter eingehen und uns mit der Festlegung begnügen, daß die Gefahr des unläuterer Wettbewerbs immer noch besteht. Vom Standpunkt der Arbeiter aus gesehen ist die Gefahr der Anstufung von einem Land durch das andere in der Arbeitszeitfrage ebenfalls noch nicht gewichen. Denn es liegt auf der Hand, daß bei der Washingtoner Konferenz vorgesehene Achtstundentag für die umliegenden und auch andere Länder noch keineswegs „geleistet“ ist, wenn in einem Lande mehr als 8 Stunden gearbeitet wird. Da und dort werden nun Pläne in Erwägung gezogen, die ein kräftigeres Eingreifen der internationalen Gewerkschaftsbewegung vorsehen, um diejenigen Länder, die sich nicht an den Achtstundentag halten, zur Einhaltung der Bestimmungen der Konvention von Washington zu zwingen.

Einer dieser, durch das in Amerika bekannte System der „Union-Label“ inspirierten Pläne verdient die Aufmerksamkeit der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Dieses Projekt läuft darauf hinaus, daß alle Waren, die aus einem Lande exportiert werden, das die Konvention über den Achtstundentag nicht offiziell anerkannt hat, mit einer unter Kontrolle der Gewerkschaftsbewegung des exportierenden Landes anzubringenden „Achtstundenmarke“ versehen sein müssen. Waren ohne solche Marken sollen von den Arbeitern des Bestimmungs- oder Transitlandes nicht weitergeführt oder verarbeitet werden. Bei dieser Kombination kommt in erster Linie die Wirkung der Transportarbeiter in Betracht, obwohl man bei Halbfabrikaten und Produkten wie Eisen und Stahl, die in Bestimmungsland weiter verarbeitet werden sollen, natürlich auch auf die Mitarbeit der Arbeiter rechnen können muß, die bei dieser Verarbeitung in erster Linie in Betracht kommen. Es müßten z. B. Vorkehrungen getroffen werden, wie sie seit einiger Zeit mit Erfolg in der englischen Baugewerbe angewandt werden. Die Arbeiter weigern sich nämlich, aus dem Zustande eingeführte Türen usw. zu verarbeiten, die nicht mit einem Stempel versehen oder von einer Erklärung der Gewerkschaft des exportierenden Landes begleitet sind, in der festgestellt wird, daß diese Türen unter Einhaltung der Bestimmungen der im exportierenden Lande von den Gewerkschaften abgeschlossenen Arbeitsvereinbarungen gefertigt worden sind.

Im Gegensatz zu dem amerikanischen „Union-Label“-System, bei dem die Öffentlichkeit im allgemeinen aufgefordert wird, keine Waren zu kaufen, die die „Marke“ nicht tragen, würde es bei einer „Achtstundenmarke“ vielmehr um die aktive Zusammenarbeit verschiedener Organisationen gehen, deren Mitglieder die Waren transportieren oder weiterverarbeiten sollten. Dies ist eine Zusammenarbeit, die mit um so größerer Begeisterung geleistet werden dürfte, da auf diese Weise zugunsten besserer Arbeitsbedingungen der Kameraden anderer Länder mit ungünstigeren Bedingungen, zugunsten der Aufrechterhaltung des Achtstundentages in eigenen Lande und der Einschränkung der Arbeitslosigkeit gewirkt würde. Ferner wird in einem Lande, wo der Achtstundentag nicht nur auf dem Papier steht, sondern eingehalten wird, die öffentliche Meinung die Aktion der Arbeiter unterstützen, da die Nicht-Einhaltung des Achtstundentages allgemein als unehrlicher Wettbewerb auf dem Weltmarkt betrachtet wird.

Der Plan ist hier nur in großen Zügen wiedergegeben und selbstverständlich ist eine riesige Vorbereitungsarbeit Voraussetzung. Da die Durchführung jedoch praktisch möglich ist, halten wir es für angebracht, diese Idee größeren Kreisen bekanntzugeben. Der Plan verdient sicher das Interesse aller, die um die Einführung oder die Aufrechterhaltung des Achtstundentages direkt oder indirekt besorgt sind.

Das Hausrecht bei Asinger.

Wenn wir uns seit den kampfhaften Bemühungen der Direktion der Firma Asinger, ihren Angestellten eine Betriebskassenkasse aufzuzwingen, immer wieder mit ihr beschäftigen müssen, so liegt dies an den weiteren Maßnahmen der Direktion, die einem kleinen Kassen gleichkommen, der sich insbesondere gegen die Organisation der Angestellten richtet, den Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten. Dieser erhielt von der Firma Asinger unterm 15. Oktober folgendes Schreiben: „Es scheint uns, daß Ihnen die Rechtslage absolut nicht klar ist. Sowohl in unsern einzelnen Geschäften, als auch in unsern Personalwohnungen steht uns das Hausrecht zu. Wenn wir Ihnen unterlagen, die Räume zu betreten, und Sie kommen diesem Verbot nicht nach, so machen Sie sich des Hausfriedensbruchs schuldig. Es war nicht unsere Absicht, derart schroff vorzugehen. Nachdem Sie aber erklärt haben, daß Sie sich an unser Verbot in keiner Weise scheren wollen, zwingen Sie uns nunmehr in Folge einer Wiederholung dazu, daß wir Ihre Kasse, die unsere Betriebe betreten, wegen Hausfriedensbruchs zur Anselge bringen. Es ist Ihnen ja unbenommen, die Beiträge auf andere Weise einzufassen, als durch das Betreten unserer Räume.“

Die Organisationsleitung bemerkt dazu: „Eine Antwort auf diese Herausforderung zu geben, erübrigt sich. Die Firma Asinger kann den Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten gar nichts vertieren. Die Organisation ist hinreichend stark genug in den Betrieben der Firma vertreten, sie wird sich deswegen an das Verbot der Firma nicht halten.“

Die Firmenleitung müßte sich doch darüber klar sein, daß in dem Augenblick, in dem sie ihren Hausfrieden bedroht, steht durch die Einkassierer der Organisation ihrer Angestellten, und deshalb von ihrem Hausrecht Gebrauch macht, ohne irgendeinen besonderen schwerwiegenden Grund, daß dann ihr Verbot sämtlicher gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer be-

trifft, von denen sich keiner der Gefahr aussetzen würde, dieses Verbot zu übertreten. Um dem unklaren Streit ein Ende zu machen, würde unseres Erachtens wahrscheinlich eine sachliche Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Firma und den Vertretern des Verbandes genügen.

Zum Streik bei Schwarzkopf in Wildau.

Nachdem die „Rote Fahne“ von den streikenden Arbeitern der Firma Schwarzkopf in Wildau den wohlverdienten Fußtritt bekommen hat, versucht sie alles abzuleugnen. Sie muß allerdings gestehen, daß sie von einem der Streikenden eine Verächtlichmachung ihrer ersten Behauptung bekommen habe, diese Verächtlichmachung jedoch deshalb nicht veröffentlicht hat, weil sie ihr „unwesentlich“ erschien. In ihrem ersten Bericht heißt es: „Graag empfahl diesen Schandspruch mit den miserablen Hungerlöhnen zur Annahme.“ Daß Graag in diesem Fall nur der Berichterstatter der Vertrauensmännerversammlung war, erscheint der „Rote Fahne“ „unwesentlich“. Es galt eben, den Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes herunterzuziehen, und da sind auch die dicken Bagen „unwesentlich“. In dem vergeblichen Bemühen, sich herauszureden, redet sich das Kommunistenblatt immer mehr hinein. In derselben Notiz, in der sie gesteht, einen wahrheitsgetreuen Bericht bekommen zu haben, ohne ihn zu veröffentlichen, erklärt sie, daß sie nichts anderes berichtet habe, als was ihr mitgeteilt worden sei! Das kommunistische Blatt schämt seine Defer wirklich sehr niedrig ein. Die Arbeiter von Schwarzkopf werden sich nicht beirren lassen und in solidarischer Haltung verharren.

Die Sauerlohl-Nothilfe.

Bezüglich des absolut mißbräuchlichen Einsatzes der „Technischen Nothilfe“ gegen die streikenden Böttcher in den Viegnier Burken- und Sauerlohlwerken, wogegen wir uns in der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ wenden mußten, teilt uns der Verband der Böttcher mit:

Auf Anordnung des preussischen Handels- und Gewerbeeministers Siering wird die Technische Nothilfe aus den genannten Betrieben in Viegnitz zurückgezogen.

Bezeichnend bleibt, daß die „Temo“, in dem Bestreben, ihre weitere Existenzberechtigung zu erweisen, bereits auf den Sauerlohl verfallen ist. Damit hat sie den Beweis erbracht, daß sie reif ist für den Abbau.

Der Nordwest-Metallarbeiterstreik abgelehnt.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Dortmund: Die Metallarbeiterverbände der nordwestlichen Gruppe haben den Streik über die Regelung der Arbeitszeit abgelehnt. Gleichzeitig wurde die Verbindlichkeitsklärung des Streikbeschlusses für die Lohnregelung, der von den Arbeitgebern abgelehnt wurde, von den tariffähigen Metallarbeiterverbänden angenommen.

Verhärfung des Kölner Transportarbeiterstreiks.

Köln, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Transportarbeiterstreik in Köln hat eine weitere Verhärfung erfahren. Das gesamte Transportgewerbe lag am Samstag morgen still. Die Unternehmer drohen, die englische Besatzungsbehörde zum Eingreifen zu veranlassen.

Ausperrung und Stilllegung auf Maximilianshütte.

Die Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte in Rosenfeld (Oberpfalz) hat auf Grund des Beschlusses des Arbeitgeberverbandes für die Metallindustrie ihre Arbeiter ausgesperrt und den Betrieb stillgelegt. Dieser Beschuß des Arbeitgeberverbandes steht im Zusammenhang mit dem seit Wochen andauernden Streik der Arbeiter auf dem Bayerischen Stahlwerk.

Aktion Bergmann, Rosenfeld Montag nachmittag 4 Uhr in Schneiders Festhölle, Rosenfeld, Versammlung aller SPD-Besenen. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller ist dringend Pflicht. **Der Festkomitee-Vorstand.**

Aktion SPD-Fabrikarbeiter Sonntag nachmittag 10 Uhr im Gewerkschaftssaal, Enoelstraße 24-25, Versammlung aller SPD-Besenen. Tagesordnung: 1. Die politische Lage und unsere Aufgaben. Referent Genosse Reuter. 2. Verschiedenes. Alle Besenen müssen erscheinen. Gompatschirrende sind mitzubringen. **Der Werksausschuß.**

Theater der Woche.

Vom 19. bis 27. Oktober 1921.

Wallstraße: 19. 20. 21. 22. Der arme Ranob. 21. Basantafena. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Wirtschaft

Agropreise und die wirtschaftliche „Schere“.

Unter vorstehender Ueberschrift weist Herr Deconomierat Kaiser im „Berliner Tageblatt“ vom 14. Oktober 1921 nach, daß trotz starker Steigerung der Betriebspreise immer noch eine Spanne zwischen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen besteht. Zu seiner Beweisführung gibt er folgende für den Monat September geltende Zahlen an:

„Es standen von den landwirtschaftlichen Betriebsmitteln im Monat September 1921 über dem Durchschnitt des Vorkriegspreises: Geschirre und Schuhe mit 80 Proz., Seiler- und Webwaren mit 44 Proz., Maschinen und Geräte mit 34 Proz., Stabeisen mit 35 Proz., schlesische Steinkohle mit 30 Proz., Superphosphat mit 29 Proz., Mais mit 17 Proz., Thomasmehl mit 13 Proz., Kalidüngesalz mit 2 Proz. Unter dem Vorkriegspreis blieb ausschließlich Ammoniak mit 18 Proz. An landwirtschaftlichen Erzeugnissen standen im September 1921 über dem Vorkriegsdurchschnittspreis Schweine mit 39 Proz., Butter mit 34 Proz., und Roggen mit 22 Proz. Unter dem durchschnittlichen Vorkriegspreis lagen: Döhlen mit 23 Proz., und Kartoffeln mit 17 Proz. Im Kleinhandel standen im Monat September 1921 über dem durchschnittlichen Vorkriegspreis Schweinefleisch um 81 Proz., Roggenmehl um 28 Proz., Rindfleisch um 11 Proz., und Brot um 10 Proz. Unter dem Vorkriegspreis blieben Kartoffeln mit 8 Proz.“

Eine Prüfung dieser Zahlen auf ihre Richtigkeit hin erübrigt sich. Wir können sie als richtig hinnehmen. Zur Beurteilung einer etwa bestehenden Spannung steht jedoch noch ein sehr wesentlicher Punkt. Es ist dies die Angabe, wie der Unterschied gegenüber den Vorkriegsverhältnissen in der Frage des Lohnkontos sich zugunsten der Landwirte geändert hat. In keiner bisher aufgestellten Berechnung der Landwirte hat man auch diese Frage nur gestreift. Es wäre sehr interessant, zu erfahren, wie hoch sich die Ausgaben an Löhnen für die Bearbeitung eines Hektars Weizen oder Roggen belaufen. Es könnte dann allerdings festgestellt werden, daß nicht nur die Entlohnung geringer geworden ist, sondern daß auch infolge vermehrter Anwendung von Maschinen sich dieses Konto verringert hat. Nun ist festzustellen, daß gerade dieses Konto mit eins der wichtigsten in der Betriebsführung ist. Nimmt man denn das günstige Preisverhältnis des Kunstdüngers hinzu, der ebenfalls ein Hauptfaktor ist, so ergibt sich ein wesentlich anderes Bild. Es liegt aber auch in der Hand der Landwirte, die große Spanne zwischen Erzeuger und Kleinhandelspreis zu ihren Gunsten auszunutzen, dadurch, daß sie ihre gut ausgelauten landwirtschaftlichen Genossenschaften dazu benutzen, um den Weg zwischen Produzenten und Konsumenten zu verringern. Die Verbrauchergenossenschaften würden dabei gewiß nicht abseits stehen.

Der Rückgang des europäischen Außenhandels.

Die volkswirtschaftliche Abteilung des Völkerbundes hat auf Grund sorgfältiger Arbeiten verschiedene Tabellen über den Welt-handel nach dem Kriege veröffentlicht. Die folgende Tabelle spiegelt die Veränderungen im Außenhandel einzelner wichtiger Industriestaaten seit dem Kriege. Folgende Rezhiffern (1913 = 100) geben hierüber Auskunft:

Land	1913	1920	1921	1922	1923
Dänemark	100	87,9	90,6	112,9	132,9
Frankreich	100	76,9	90,0	96,7	114,1
Deutschland	100	129,9	96,4	—	—
Italien	100	109,4	105,1	109,7	156,2
Norwegen	100	36,5	53,2	58,5	44,7
Schweden	100	36,7	44,4	61,2	52,8
England	100	95,5	95,8	—	92,7
Japan	100	87,8	78,8	—	80,5
USA	100	146,0	88,0	108,0	105,6
Sowjetunion	100	90,0	64,0	91,0	95,0
Indien	100	123,4	77,6	91,2	118,8
Sri Lanka	100	76,9	53,0	82,8	81,7
China	100	88,8	74,8	85,7	95,7
Brasilien	100	74,8	54,8	71,0	78,4
Argentinien	100	77,6	67,8	75,8	—
Indonesien	100	70,5	74,6	87,6	—
Peru	100	168,8	135,6	189,1	194,8
Chile	100	107,5	107,5	101,1	94,1

In den Rezhiffern kommen die Störungen des Welthandels seit dem Kriege gut zum Ausdruck. Die großen Welthandelsländer haben den Rückschlag im Außenhandel noch immer nicht überwunden. So ist die Ausfuhr Englands und Amerikas immer noch unter dem Vorkriegsstand. Deutschland hat in Ein- und Ausfuhr ungefähr die Hälfte des Vorkriegsstandes erreicht.

Eine Sowjetbank im Ausland. Die Agentur Rosta berichtet, daß die russische Handelsbank eine Zweigstelle in Konstantinopel errichten wird. Durch diese Einrichtung soll fremdes Kapital zur Finanzierung der Ein- und Ausfuhr Sowjetlands herangezogen werden. Die Bank ist die erste Sowjetbank im Ausland.

Bericht vom 18. Oktober: Graf Reuter, Wirtschaft: Krisis Getreue; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schöner; Reaktionen: Dr. John Schöner; Soziale und Sonstige: W. Schöner; Anzeigen: W. Schöner; (ähnlich in Berlin). Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 8.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Bandbetriebe
Berlin N 24, Elsdorfer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1199
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Hosen
jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. München-Gladbacher Hosen-Zentrale.
Herren- und Knaben-Anzüge, Hosensträger, Stutzen sehr preisw.
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rägner Str. 23 (nahe Gesunbr.)
Blauer Laden - Fahrgeldvergüt.

Berliner Ulk-Trio
Neukölln, Lahnstr. 74/75/4

Für 40 Pfg. waschen Sie Ihre ganze Wäsche von einigen Wochen und benötigten weder Seife noch sonstige Waschmittel, wenn Sie mit dem neuen unübertrefflichen Waschmittel

„BEWA“-Seifenfäden

(Deutscher Reichs-Gebrauchsmusterschutz) waschen

Vorzüge: Schonen der Wäsche, weil BEWA-Seifenfäden ohne Chlor oder sonstige scharfe Waschmittel. Blendend weiße Wäsche, wohlriechend erfrischende Wäsche. Ersparnis an Arbeit, Zeit und sonstigen Waschmitteln, daher vorteilhaftes Waschverfahren.
Waschmethode: BEWA, das Seifenpräparat, in heißem Wasser vollkommen auflösen und der Einweicheweiche einsetzen und dann im Kessel mit BEWA kochen. Diese BEWA-Waschmethode reinigt fabelhaft. — Größte Schaumbildung.
Ueberzeugen Sie sich. Sie nehmen dann künftig nur noch BEWA. — **Verlangen Sie BEWA** in den einschlägigen Geschäften in Paketen zu 40 Pfennige. Nehmen Sie alsdann weder andere Waschmittel noch sonstige Seifen. — Sie sind von dem Erfolg überrascht. — Glänzende Begutachtung aus allen Volkskreisen.

Engros-Verkaufsstellen: BEWA-Seifenwerke, Berlin - Wilmersdorf, Babelsberger Str. 2 Pflanzburg Nr. 3296 und 4074
Süden: Neue Roßstr. 6. — Osten: Paul Kunert, Cadiner Str. 17. — Moabit: M. Spicker, Tils-Wardenberg-Str. 20.